

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 116. Ratssitzung vom 14. September 2016**

### **2215. 2016/76**

#### **Weisung vom 16.03.2016:**

**Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine studentische Wohnüberbauung an der Rosengartenstrasse 51–53, Genehmigung des Baurechtsvertrags, Rückbau des bestehenden ehemaligen Wasserreservoirs, Übertragung des baurechtsbelasteten Teilgrundstücks ins Verwaltungsvermögen, Altlastensanierung, Objektkredit, Zusatzkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Der Baurechtsvertrag vom 20. August 2015 mit der Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB für eine Teilfläche von rund 2800 m<sup>2</sup> zulasten des Grundstücks Kat.-Nr. WP3367 an der Rosengartenstrasse, Quartier Wipkingen, mit einer Dauer von 62 Jahren, Verlängerungsoptionen von 2 x 15 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 78 606.– wird genehmigt. Vorbehalten bleibt die rechtskräftige Genehmigung der Zonenplanänderung durch die Baudirektion.
2. Für den Übertrag der neuen baurechtsbelasteten Teilfläche vom Finanzvermögen (Rechnungskreis 2026) ins Verwaltungsvermögen (Rechnungskreis 2030) wird ein Objektkredit von Fr. 3 144 220.– bewilligt, inklusive einem Betrag von Fr. 1 800 000.– für den Rückbau des bestehenden Reservoirs und der Beseitigung der Schadstoffe.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2016 der Liegenschaftenverwaltung wird auf Konto (2030) 500030, Erwerb Grundstück: Rosengartenstrasse, ein Betrag von Fr. 3 144 220.– eingestellt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

**Gabriela Rothenfluh (SP):** *Die Stadt besitzt an der Rosengartenstrasse 51–53 ein Grundstück von knapp 5000 m<sup>2</sup>. Auf diesem Grundstück steht heute ein Wohnhaus mit zwei Wohnungen, zwei Garagen, einem altes Pumphaus und dem unterirdischen Wasserreservoir. Letzteres ist 1984 stillgelegt worden. Aufgrund der starken Lärmbelastung, die an der Rosengartenstrasse herrscht, respektive auch an der Bucheggstrasse, sind die Nutzungsmöglichkeiten des Areals sehr eingeschränkt. Die lärmbelastete Lage ist für den konventionellen Wohnungsbau nicht optimal, sondern eignet sich besser für temporäres Wohnen. So kam die Idee auf, dass man Wohnraum für Studierende schaffen könnte, die im Normalfall nur ein paar Jahre an einem Ort wohnen. Die Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) hat ihr Interesse an dem Gebiet angemeldet und ein Projekt entwickelt, das jetzt vorliegt. Sie möchte an der Rosengartenstrasse einen Komplex mit rund 130 Zimmern für Studierende bauen.*

*Damit das überhaupt möglich ist, hat der Gemeinderat bereits im letzten Jahr einer Umzonierung von einer Freihaltezone in eine W3 mit 66 % Wohnanteil zugestimmt. Die Umzonierung ist vom Kanton abgesegnet und inzwischen rechtskräftig. Das geplante Projekt sieht einen kompakten Riegel vor, der sich entlang der Bucheggstrasse zieht. Aufgrund der Lärmsituation gliedert sich das Gebäude in zwei Raumschichten. Während eine zweigeschossige Raumschicht mit Wohnen, Essen und Treppenhäusern gegen die Bucheggstrasse ausgerichtet ist, orientiert sich die zweite Schicht der übereinanderliegenden Zimmer gegen den lärmabgewandten Park. Im Erdgeschoss befinden sich Waschküche und Kellerräume, an der Südseite befinden sich die Kinderbetreuungsräume, die gegen den Park hin offen sind. Der Wohnraum für die Studierenden sieht vor, dass man 18 Maisonettewohnungen baut, die mehrheitlich sieben bis acht Zimmer haben. Diese werden nur über die Bucheggstrasse zugänglich sein. Die Miete eines Zimmers wird durchschnittlich 580.- Franken im Monat betragen. Mit der gewählten Bauweise ist es möglich, dass gut ein Drittel des Grundstücks frei bleibt. Grün Stadt Zürich wird dort, gleichzeitig mit der Erstellung des Hauses, einen Park anlegen, der fürs Quartier zugänglich ist. Der Baubeginn ist auf Frühling 2017 angesetzt, 2019 sollten die Wohnungen beziehbar sein. Die SSWZ rechnet mit Erstellungskosten von rund 26,5 Millionen Franken. 1,5 Millionen Franken davon sollen Eigenmittel sein, je vier Millionen aus dem Lotteriefonds des Kantons und der ETH kommen sowie einem unverzinslichen Darlehen der Stadt aus dem Jugendwohnkredit. Für die restlichen 13 Millionen Franken wird die SSWZ auf Fremdkapital zurückgreifen. Die Wohnungen dürfen selbstverständlich nur an Studierende vermietet werden. Die Bauberechtigte verpflichtet sich auch, nur das Wettbewerbsprojekt zu realisieren und auch den Park, so wie er geplant ist. Zudem verpflichtet sie sich, 1 % der Hauptnutzungsfläche der Stadt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für den Übertrag vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen ist ein Zusatzkredit von 3,14 Millionen Franken nötig. Dort miteingeschlossen ist auch der Objektkredit für den Rückbau und die Bereinigung der Schadstoffe. Die Kommissionsmehrheit beurteilt das vorliegende Projekt als sinnvoll und wird deshalb der Weisung zustimmen. Es steht noch die Frage im Raum, ob man nicht den geplanten Tunnelbau am Rosengarten abwarten sollte, um dann dort ein durchmisches Wohnbauprojekt zu realisieren und nicht nur Studentenwohnungen. Doch es ist fraglich, ob der Tunnel jemals gebaut wird und wenn, dann dauert dies noch sehr lang. Selbst dann werden Rosengarten- und Bucheggstrasse keine ruhigen Quartierstrassen, sondern weiterhin mit viel Lärm belastet sein. In Zürich gibt es viel zu wenig Wohnraum für Studierende, allein das Projekt wird nur ein Tropfen auf dem heissen Stein sein.*

Kommissionsminderheit:

**Urs Fehr (SVP):** *Relativ unbestritten war das Geschäft nicht. Wir fordern den Verkauf der Parzelle an den Meistbietenden, weshalb wir nicht dafür sein können.*

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2016/76 und 2015/262.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Wir sind der Meinung, dass die Stadt nicht unbedingt einen*

*grossen Liegenschaftenbesitz benötigt, weshalb wir den Liegenschaftenverkauf befürworten. Studentisches Wohnen ist aber ein Problem in Zürich. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir Studentisches Wohnen ein wenig höher gewichten, als die Grundsatzfrage des Liegenschaftenverkaufs. Deshalb unterstützen wir die Weisung.*

**Niklaus Scherr (AL):** *Die Fraktion wird die Weisung unterstützen, ich selbst mich enthalten. Die Velofahrer, die von der ETH Hönggerberg oder der Uni Irchel kommen, fahren relativ selbstmörderisch die Bucheggstrasse herunter. Wenn sie korrekt fahren, gelangen sie durch eine Unterführung und kommen auf der anderen Seite wieder heraus. Illegalerweise werden aber die meisten der in dem angedachten Studentenwohnheim untergebrachten jungen Leute vom Bucheggplatz auf dem Trottoir hinunterfahren, um überhaupt in den Velokeller zu kommen. Dieser befindet sich an einem unmöglichen Ort. Die Priorität des gemeinnützigen Projekts steht eindeutig im Vordergrund, aber die Mitbeteiligung der städtischen Verwaltung an der Erarbeitung des Projekts stelle ich in Frage, denn der Velokeller ist einfach deplatziert.*

**Adrian Gautschi (GLP):** *Die GLP wird dem Geschäft zustimmen. Das Projekt ist qualitativ gut, denn die geführte Diskussion handelte eigentlich nur vom Eingang zum Velokeller und nicht von der Anordnung der Toiletten oder Anzahl der Waschmaschinen. Es ist für uns nicht entscheidend, ob der Tunnel realisiert wird oder nicht.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Der Eingang zum Velokeller ist wirklich unglücklich. Man kann durch den Park fahren, was aber auch sicher nicht ideal ist. Studentisches Wohnen ist ein Bedürfnis in der Stadt, doch nicht nur. Wir werden die Weisung unterstützen, weil wir es für eine sinnvolle Nutzung des Areals halten. Die SVP hat ein neues Hobby, alle Ländereien in städtischem Besitz zu suchen und dem Meistbietenden verkaufen zu wollen. Hier war man noch dreist genug, eine Umzonung zu fordern und erst dann dem Meistbietenden zu verkaufen.*

**Martin Bürlimann (SVP):** *Die SVP will das Grundstück verkaufen, damit der Erlös der Allgemeinheit zugute kommt und nicht einer kleinen Interessengruppe. Es besteht kein Notstand an Studentenwohnungen. Die ETH lässt bereits 900 Zimmer auf dem Campus Hönggerberg erstellen. Es gibt weiterhin viele Stiftungen, die günstige Wohnungen und Zimmer anbieten und es sind viele Einzelzimmer in WGs ausgeschrieben. Es gibt 18 Maisonettewohnungen, der Mietpreis wird aber entsprechend niedrig gehalten. Auch die Rundumbetreuung auf Kosten der Allgemeinheit kommt nicht zu kurz. Es gibt einen Kindergarten und eine Kindertagesstätte mit Ganztagesbetreuung. Beide Einrichtungen sind im Untergeschoss angedacht. Damit wird klar, dass der Park, dessen Erstellungskosten noch nicht im Kredit enthalten sind, nicht in erster Linie dem Quartier zugute kommt, sondern den Bewohnern der Studentensiedlung mit ihren Kindern. Mit den staatlichen Studentenwohnungen nimmt man jungen Leuten die Aufgabe ab, selbständig auf Wohnungssuche zu gehen. Lehrlinge haben es vergleichsweise nicht leichter, sie müssen sich auch ein eigenes Zimmer suchen. Mit dem Projekt wird erneut eine Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit begünstigt. Die SVP will den Stadtrat verpflichten, die Parzelle nach der Umzonierung zu verkaufen. Wir beantragen eine Abstimmung unter Namensaufruf.*

**Stephan Iten (SVP):** Wir reden von einem Baurechtsvertrag mit einem jährlichen Einkommen für die Stadt von 78 600 Franken. Eigentlich etwas Positives, wenn man an unsere marode Kasse denkt. Aber erstmal muss man investieren, nämlich 1,8 Millionen Franken für den Rückbau des ehemaligen Wasserreservoirs. Den Betrag könnte man sparen, würde man das Land verkaufen, das jahrzehntelang ungenutzt in der Freihaltezone gewesen ist. Noch dazu soll der Vertrag mit einem Projekt abgeschlossen werden, das in den nächsten 90 Jahren die Stadtkasse mächtig belasten wird. Die SSWZ will preisgünstiges Wohnen für Studenten zur Verfügung stellen. Zur Stiftung gehört die ETH, die Uni Zürich – beide nicht selber finanziert – und die Studentische Wohngenossenschaft Zürich (WOKO). Die Zurverfügungstellung sieht so aus, dass ein Neubau, der 26,5 Millionen Franken kosten wird, mehrheitlich durch den Steuerzahler finanziert wird. Die Stiftung, die sich für solche Unkosten einsetzt, beteiligt sich gerade einmal mit 1,5 Millionen Franken. Jede Bank würde eine solche Finanzierung ablehnen. Es wird behauptet, wir hätten zu wenig preisgünstige Wohnungen. Eine genaue Zahl wird aber nicht genannt. Müssen wir wirklich subventionierte Wohnungen bauen, die auf Schätzwerten basieren? In der Zeitung war dieses Jahr zu lesen, dass ungefähr die Hälfte der 200 Zürcher Studentenwohnungen im Freilager noch nicht vermietet sind, angeblich weil der Weg zur Uni zu weit sei. Das geplante Projekt an der Rosengartenstrasse darf mit diesen fragwürdigen Begründungen und den horrenden nichtselbstdeckenden Kosten unter keinen Umständen gebaut werden. Das kann sich die Stadt finanziell nicht leisten.

**Martin Luchsinger (GLP):** Es gibt gewisse Vorlagen, die das Volk in die Gemeindeordnung geschrieben hat und die umgesetzt werden sollen. Man kann nun wettern und Stereotypen gegen Studenten vorbringen oder die Stiftung negativ betrachten. Der Wohnungsbereich ändert sich immer mal wieder ein wenig, deshalb kann man heute nicht genau beziffern, wie viele Wohnungen man morgen benötigt. Aber zu denken, man täte der Stadt und den Finanzen etwas Gutes, indem man das Land einmalig dem Meistbietenden verkauft, ist unlogisch. Wir verkaufen jetzt etwas zum jetzigen Marktpreis, woraus ein einmaliger Effekt in der Kasse und auf der nächsten Rechnung spürbar ist. Wir können das Land nachher auch anders nutzen, es ist nicht weg. Wir müssen es nicht wieder teuer von Privaten zurückkaufen. Auch bleibt die Frage, wo die neuen Grundstücksbesitzer das Geld versteuern werden. Geschieht dies im Kanton Zürich oder anderswo?

**Dr. Pawel Silberring (SP):** Es heisst überall, Bildung ist unsere Ressource. Der Kanton, der die Institution Universität betreibt sowie der Bund, der die Institution ETH betreibt, sind verpflichtet, sich auch darum zu kümmern, wo die Studenten wohnen sollen. Man kann die Anzahl benötigter Wohnungen nicht genau abschätzen, man weiss aber, dass es bei weitem nicht ausreichen wird und die Stadt muss entsprechend handeln. Wir sind froh, dass sie diese Gelegenheit nutzt und hier einen Beitrag leistet. Wir stimmen der Weisung sehr gern zu.

**Severin Pflüger (FDP):** Die FDP hat studentisches Wohnen immer unterstützt. Wir haben eine klare Meinung und wenn wir uns teilweise enthalten, dann nur, weil wir in der Partei gewisse Gepflogenheiten haben. Sofern ein Bedarf besteht, werden wir uns

weiterhin dafür einsetzen. Eine Schätzung von 4000 bis 5000 Wohnungen reicht uns völlig.

**Stefan Urech (SVP):** Das einzig Neue, was auf dem Land noch passieren wird, ist etwas, das noch mehr kostet. Es muss auch noch jemanden geben, der sich mit den 10 Milliarden Franken Schulden der Stadt befasst und nicht mit einzelnen Interessensgruppen. Dem Stadtzürcher Studenten ist am meisten damit gedient, dass seine eigenen Kinder später keinen Schuldenbuckel mit auf den Weg bekommen, der noch grösser ist als der heutige. Deshalb wollen wir das Land verkaufen und wieder ein bisschen mehr Eigenkapital anschaffen. Das Grundstück ist nicht wertlos und man kann auch etwas anderes damit machen. Direkt gegenüber dieses Landstücks hat man teure Eigentumswohnungen gebaut, über die Hälfte davon waren verkauft, bevor man die Grube der Baustelle ausgehoben hat.

**Urs Fehr (SVP):** Man kann hier nicht von einem einmaligen Effekt reden, erst muss man wissen, wie hoch der Verkaufspreis ist. Dann kann man eine Rechnung ausstellen, was günstiger gewesen wäre: Das Grundstück im Baurecht zu behalten oder es jetzt zu verkaufen.

**Mario Mariani (CVP):** Für uns ist es wichtig, dass für das Studentische Wohnen etwas gemacht wird. Das Volk hat über einen Wohnbauartikel abgestimmt und darin hiess es, die Stadt muss ein Drittel aller Wohnungen verfügbar machen. Ein Vorstoss, der fordert, wieder etwas zu verkaufen, würde dem Wohnschutzartikel widersprechen.

**Joe A. Manser (SP):** Ein bisschen untergegangen ist in der Diskussion, dass das Projekt eine hervorragende Investition in die Standortqualität der Stadt ist. Was gibt es besseres, als wenn wir in die Studenten investieren? Es geht nicht um einige Wohnungen für irgendwen. Es geht eigentlich um viel mehr.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Zürich ist ein wichtiger Forschungs- und Bildungsstandort, dass es dafür gewisse Rahmenbedingungen und Investitionen braucht, ist klar. Wohnen ist ein Teil davon. Macht man dann die Rechnung in Richtung Subvention, sieht diese noch anders aus als in anderen Kategorien des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Es wurde von SP und GLP gesagt, dass man mit staatlichen Liegenschaften langfristig das Wohnungsproblem lösen soll. Aus liberaler Sicht bin ich darüber erstaunt, denn es sind immer noch die Privaten, die investieren und damit auch die Lücke füllen, die es gibt. Sie lösen das Wohnungsproblem. Wir wollen Privatinvestitionen, die die Stadt voranbringen.

**Roger Liebi (SVP):** Man weiss nicht, wie hoch die Preise in zehn Jahren sind und ob ein Grundstück dann mehr oder weniger wert ist. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, wenn man schon ein wichtiger Hochschulstandort ist, dass man den Studenten auch einiges zur Verfügung stellt. Doch es ist eigenartig, dass wir Wohnungen für Leute subventionieren, die nach ihrer Studentenzeit, wenn sie also anfangen Geld zu verdienen, ihren Wohnsitz nicht mehr in der Stadt haben. Das Geld, dass man einmal ausgegeben hat, fliesst also nicht mehr zurück. Wieso diskutiert man im Zusammen-

hang mit Studentischem Wohnen nicht über einen Anteil wie bei Stipendien? Es ist quasi selbstverständlich, dass dieser Anteil von der Allgemeinheit gezahlt wird. Lehrlinge haben beispielsweise keine Möglichkeit, eine Wohnung zu mieten, schon gar keine, eine Studentenwohnung zu bekommen.

**Andreas Egli (FDP):** Studenten sind als Potenzial für die Zukunft zu sehen. Wenn die Studenten ihr Studium einmal abgeschlossen haben, muss man ihnen gute Rahmenbedingungen in der Stadt bieten, damit es für sie interessant ist, auch hier zu bleiben. Man darf das auch nicht nur einfach als Frage der Wohnbaupolitik sehen, es ist primär eine Investition in die Ausbildung unserer Jugend und in den Hochschulstandort Zürich.

**Martin Luchsinger (GLP):** Die Stadt ist attraktiv und entsprechend werden die Landpreise steigen. Ein Privater, der das Grundstück kaufen will, würde genau dieser Prognose folgen, denn sonst würde er das Land nicht kaufen wollen. Ich habe nicht gesagt, dass die Privaten nicht bauen sollen oder dass nur die Stadt oder der Staat die Wohnungen erstellen kann. Als Stadt haben wir die Aufgabe vom Volk bekommen, für ein Drittel gemeinnütziger Wohnungen zu sorgen. Das ist ein Auftrag, der in der Verfassung steht. Man kann darüber diskutieren, wie man das finanzpolitisch erreichen kann. Wenn man aber die Nutzungsfläche dafür nicht hat, geht das nicht. Die Privaten sind am Bauen, worüber wir froh sind. Das ist die einzige Möglichkeit, wie gemeinsam mehr Wohnungsmassnahmen umgesetzt werden können und das soll weiterhin so passieren. Man kann die Wohnungsnot nur miteinander lösen. Das heisst nicht, dass man bisher besessenes Land entsprechend verkauft, sonst ignoriert man den Wählerwillen. Wir versuchen möglichst schnell, effizient und mit den besten Mitteln für die Stadt Projekte umzusetzen. Das hier diskutierte Vorhaben ist die richtige Nutzung für den momentanen Ort, ein Potenzial für die Zukunft. Es wird, auch wenn die Studenten nachher woanders promovieren oder gar wegziehen, wieder andere Studenten an den Standort Zürich bringen.

**Roger Liebi (SVP):** Man geht nicht auf den Gegensatz ein zwischen denen, die sich akademisch weiterbilden und denen, die es nicht tun und diese Möglichkeiten nicht haben. Die Politik vom billigen Geld fliesst heute in die Immobilien, wird aber allen später einmal in der Pensionskasse ziemlich weh tun. Das bringt der Zukunft und dem Mittelstand nicht viel. Der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau wird uns bis 2050 15 Milliarden Franken kosten. Wenn man das Geld ausgibt, muss es auch irgendwo wieder eingespart werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Man kann ein Zeichen setzen für die junge Generation. Es ist schwierig, in der Debatte von Klientel zu reden. Es muss für alle Parteien ein Anliegen sein, dass für die Jungen gute Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es kann uns nicht egal sein, dass sie irgendwo ausserhalb wohnen, die Stadt muss auch innerhalb Wohnmöglichkeiten anbieten. Die Vorstellung, dass die Stadt jede Parzelle mit Eigentumswohnungen zupflastern soll, teile ich nicht. Wir stellen auch Wohnungen für Gruppierungen zur Verfügung, deren Zahlungskraft noch nicht ausgeprägt ist. Wir

7 / 14

*erfüllen damit letztlich auch einen Volksauftrag.*

Martin Bürlimann (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Bürlimann (SVP) mit 99 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Adrian Gautschi (GLP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)  
 Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Katharina Widmer (SVP)  
 Enthaltung: Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Onorina Bodmer (FDP), Niklaus Scherr (AL)  
 Abwesend: Martin Luchsinger (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR:

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
037	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	JA
051	Bührig	Marcel	Grüne	--
165	Bünger	Pablo	FDP	JA

003	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	--
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA



134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	--
019	Silberring	Pawel	SP	JA

10 / 14

151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	JA
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	--
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Gabriela Rothenfluh (SP), Referentin; Präsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Simon Diggelmann (SP), Adrian Gautschi (GLP), Gabriele Kisker (Grüne) i. V. von Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)

Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Katharina Widmer (SVP)

Enthaltung: Vizepräsident Dr. Urs Egger (FDP), Onorina Bodmer (FDP), Niklaus Scherr (AL)

Abwesend: Martin Luchsinger (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) und gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR (Namensaufruf):

<b>Abstimmungsprotokoll</b>				
<b>Platz#</b>	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Partei</b>	<b>Stimme</b>
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	JA
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	JA
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
037	Bieri	Cordula	Grüne	JA
133	Bodmer	Onorina	FDP	JA
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	JA
051	Bührig	Marcel	Grüne	--
165	Bünger	Pablo	FDP	JA
003	Bürki	Martin	FDP	JA
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	JA
130	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
161	Gautschi	Adrian	GLP	JA
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	--
048	Helfenstein	Urs	SP	JA

12 / 14

072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	JA
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	JA
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	--
086	Kirstein	Andreas	AL	JA
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	JA
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	JA
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	JA
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	JA
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	JA
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
082	Maino	Rosa	AL	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	JA
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA

115	Pflüger	Severin	FDP	JA
052	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
145	Rudolf	Reto	CVP	JA
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	JA
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	JA
083	Schiwow	Michail	AL	JA
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	JA
146	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	--
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	JA
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	JA
162	Traber	Christian	CVP	JA
105	Trevisan	Guido	GLP	--
166	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
129	Weyermann	Karin	CVP	JA
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA

14 / 14

095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
-----	----------	----------	-----	----

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Baurechtsvertrag vom 20. August 2015 mit der Stiftung für Studentisches Wohnen in Zürich (SSWZ) über die Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB für eine Teilfläche von rund 2800 m<sup>2</sup> zulasten des Grundstücks Kat.-Nr. WP3367 an der Rosengartenstrasse, Quartier Wipkingen, mit einer Dauer von 62 Jahren, Verlängerungsoptionen von 2 x 15 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 78 606.– wird genehmigt. Vorbehalten bleibt die rechtskräftige Genehmigung der Zonenplanänderung durch die Baudirektion.
2. Für den Übertrag der neuen baurechtsbelasteten Teilfläche vom Finanzvermögen (Rechnungskreis 2026) ins Verwaltungsvermögen (Rechnungskreis 2030) wird ein Objektkredit von Fr. 3 144 220.– bewilligt, inklusive einem Betrag von Fr. 1 800 000.– für den Rückbau des bestehenden Reservoirs und der Beseitigung der Schadstoffe.
3. Unter Ausschluss des Referendums:  
Im Budget 2016 der Liegenschaftenverwaltung wird auf Konto (2030) 500030, Erwerb Grundstück: Rosengartenstrasse, ein Betrag von Fr. 3 144 220.– eingestellt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. September 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Oktober 2016)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat